

Satzung der politischen Partei „SACÖ – Syndikalistische Aktion Christliches Österreich“

§ 1 Name und Sitz der Partei

- (1) Die Partei führt den Namen „SACÖ – Syndikalistische Aktion Christliches Österreich“.
- (2) Die Kurzbezeichnung für Wahlgänge wird nach Maßgabe der Wahlordnung festgelegt.
- (3) Die Partei hat ihren Sitz in Wels.
- (4) Die Partei entfaltet ihre Tätigkeit in ganz Österreich und Europa.

§ 2 Zweck der Partei

- (1) Zweck der Partei ist es, durch politische Tätigkeit die staatliche Willensbildung insbesondere durch Teilnahme an Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern in Österreich und im Europäischen Parlament zu beeinflussen.
- (2) Die SACÖ versteht sich als christlich geprägte, heimatverbundene und syndikalistische Bewegung, die für das Vaterland, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit von Eliten und den Schutz der Familie eintritt.
- (3) Die Partei verpflichtet sich zur Einhaltung der Bundesverfassung.

§ 3 Eintritt der Mitglieder

- (1) Mitglied der Partei kann jede natürliche Person ab dem 14. Lebensjahr mit österreichischer oder EU-Staatsbürgerschaft werden.
- (2) Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.
- (3) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.

§ 4 Austritt der Mitglieder

- (1) Mitglieder sind jederzeit zum Austritt berechtigt.
- (2) Der Austritt ist schriftlich dem Obmann mitzuteilen.

§ 5 Ausschluss von Mitgliedern

- (1) Mitglieder können ausgeschlossen werden, wenn sie den Grundwerten der Partei widersprechen oder der Partei Schaden zufügen.
- (2) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.

§ 6 Mitgliedsbeitrag und Spenden

- (1) Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten, dessen Höhe die Generalversammlung festlegt.
- (2) Die Partei finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Materialvertrieb.

§ 7 Organe der Partei

Organe der Partei sind:

- a) die Generalversammlung
- b) der Vorstand
- c) die Rechnungsprüfer

d) das Schiedsgericht

§ 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Obmann, einem Stellvertreter, einem Finanzreferenten sowie bis zu drei weiteren Mitgliedern.
- (2) Der Obmann vertritt die Partei nach außen. Bei Verhinderung tritt der Stellvertreter, ansonsten der Finanzreferent ein..
- (3) Aufgaben des Vorstandes sind die Leitung der Partei, Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung, Erstellung der Kandidatenlisten sowie die Aufsicht über die Parteiarbeit.

§ 9 Generalversammlung

- (1) Die Generalversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- (2) Sie beschließt über: , Wahl und Enthebung der Rechnungsprüfer, Satzungsänderungen, Auflösung der Partei sowie über das Parteiprogramm.

§ 10 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Mitglieder haben das Recht auf Teilnahme und Stimmrecht in der Generalversammlung.
- (2) Mitglieder sind verpflichtet, die Ziele der Partei zu unterstützen und Beiträge pünktlich zu entrichten.

§ 11 Beschlussfassung

- (1) Beschlüsse der Generalversammlung erfolgen mit einfacher Mehrheit.
- (2) Für Satzungsänderungen und die Auflösung der Partei ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

§ 12 Rechnungsprüfer

- (1) Zwei Rechnungsprüfer werden für vier Jahre von der Generalversammlung gewählt.
- (2) Sie prüfen die Finanzgebarung und berichten der Generalversammlung.

§ 13 Schiedsgericht

- (1) Zur Beilegung interner Streitigkeiten wird ein Schiedsgericht eingerichtet.
- (2) Es besteht aus drei Mitgliedern, die je nach Streitfall bestellt werden.
- (3) Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen mit einfacher Mehrheit.

§ 14 Auflösung der Partei

- (1) Die Auflösung erfolgt durch Beschluss der Generalversammlung.
- (2) Das verbleibende Vermögen ist einer gemeinnützigen Organisation zuzuführen.

